

Spannende Zeiten!

Von unserem Landesvorsitzenden Reinhold Schmitt



Reinhold Schmitt

Foto: GdP Saarland

Es liegen bereits spannende Wochen hinter uns. Doch die Spannung steigt weiter. In wenigen Tagen, nämlich genau am 8. Juni, ist es soweit. Es kommt zum am 1. Dezember 2012 vereinbarten Treffen zwischen der Landesregierung und den Gewerkschaften in der Staatskanzlei. Die Verhandlungen zum Megathema „Zukunftssichere Landesverwaltung“ gehen in eine vorentscheidende Phase. Ob und wie aus Sicht der Gewerkschaften die Verhandlungen weitergeführt werden können, hängt von einem deutlichen Zeichen der Landesregierung ab. Nicht nur die GdP erwartet neben der Berücksichtigung vieler ihrer Positionen, die in den vier Arbeitsgruppen eingebracht worden sind, vor allem eine Entscheidung zur Übertragung des Tarifergebnisses auf Besoldung und Versorgung.

Die Diskussionsrunde wird dabei sicherlich auch unter dem Eindruck einiger spektakulärer Ereignisse von Ende April/Anfang Mai stehen.

So nahm die Gewerkschaft ver.di die Landtagsdebatte vom 24. April zum Anlass, ihre Teilnahme an den Gesprächen zwischen Landesregierung und Gewerkschaften zu beenden. Was war geschehen? Zum einen war die Regierung nicht bereit, zu diesem Zeitpunkt eine konkrete Aussage zur Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamtinnen und Beamten

sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger zu machen. Zum anderen ließ die vielschichtige, facettenreiche Mitgliederstruktur, die wesentlich von eventuellen Kürzungsmaßnahmen betroffen sein dürfte, einen Verbleib am runden Tisch nicht mehr länger zu. Der Schritt wurde zwar außerhalb der Gewerkschaft ver.di kritisch gesehen und kommentiert. Er verdient allerdings durchaus Respekt.

Für GdP, GEW und DGB bleiben die Vertreter Reinhold Schmitt, Peter Balnis

und Eugen Roth zumindest bis zum 8. Juni dabei.

Insbesondere für die GdP steht fest: „Wir bleiben so lange auf dem Platz, bis die letzte Chance verspielt oder der Ball plattgemacht worden ist!“

Diese GdP-Positionierung, die nicht zuletzt im Podium der Veranstaltung der Arbeitskammer mit dem Titel „Solidarität in Deutschland“ zum Thema „Länderfinanzausgleich“ und „Wirkungen der Schuldenbremse“ untermauert wurde, ist historisch gewachsen. Bereits Anfang der neunziger Jahre erhob die GdP die Forderung: „Verhandeln statt Verordnen“. Die damalige Landesregierung kümmerte das aber nicht und baute, ohne der GdP die Möglichkeit einzuräumen, in Verhandlungen Einfluss nehmen zu kön-

Fortsetzung auf Seite 2



Am 25. April dieses Jahres veranstaltete die Arbeitskammer in Saarbrücken ein Forum zum Thema: „Solidarität in Deutschland – Bundesländer zwischen Finanzausgleich und Wettbewerb“. Die Veranstaltung blieb nicht unbeeindruckt durch den ver.di-Ausstieg aus den Verhandlungen mit der Landesregierung über eine „zukunftssichere Landesverwaltung“ am Vorabend dieser Diskussionsveranstaltung. Unser Landesvorsitzender Reinhold Schmitt (auf dem Podium rechts neben Achim Meerkamp, Thomas Sponticcia von der SZ und Finanzminister Stephan Toscani) beeindruckte das Podium und das Publikum durch einen starken Auftritt; dabei bekräftigte er – in Erinnerung an die ergebnislosen Auseinandersetzungen mit der Regierung Lafontaine – die Haltung der GdP Saarland, am Verhandlungstisch zu bleiben – jedenfalls bis zum 8. Juni dieses Jahres, um die Verhandlungsergebnisse für die saarländischen Polizeibeschäftigten bewerten zu können.

Foto: Michael Sperlich

Fortsetzung von Seite 1

nen, über 600 Stellen bei der Polizei ab. Vor diesem Hintergrund war es umso folgerichtiger, vor zwei Jahren das Angebot des damaligen Innenministers Toscani (ebenfalls in o. g. Podium) zu Verhandlungen über die im Rahmen der Schuldenbremse notwendigen Konsolidierungsbeiträge bei der Polizei anzunehmen. Das Ergebnis ist bekannt. Es kann sich durchaus sehen lassen, denn es konnte Schlimmeres verhindert werden.

Im Übrigen waren sich die Hauptakteure dieser Veranstaltung, inklusive des Referenten vom ver.di-Bundesvorstand Achim Meerkamp, einig. Die Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und den Ländern sowie den Ländern untereinander bedürfen dringender Reformen. Dabei muss u. a. auch der Solidaritätszuschlag (orientiert an der Himmelsrichtung) auf den Prüfstand.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Juli-Ausgabe ist der 3. Juni 2013.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Saarland

Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 84 12 410
Telefax (06 81) 84 12 415
Homepage: www.gdp-saarland.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

Redaktion:
Lothar Schmidt, Gewerkschaftssekretär
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Saarland
Kaiserstraße 258, 66133 Saarbrücken
Telefon: (06 81) 8 41 24 13, Fax: -15
Mobil: 01 57-71 72 14 18
E-Mail: LotharSchmidt@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6489

Populistische, den Wahlkämpfen geschuldete Klagen Bayerns und Hessens gegen den Länderfinanzausgleich sind da wenig hilfreich. Das Saarland hat einen Anspruch auf Solidarität des Bundes und der finanzstärkeren Länder.

Die Finanzen und vor allem deren sozial gerechte Verteilung standen auch im Mittelpunkt des diesjährigen 1. Mai, dem Tag der Arbeit. Die Veranstaltungen des DGB standen unter dem Motto „Gute Arbeit – Sichere Renten – Soziales Europa“.

In Saarbrücken fand die Abschlusskundgebung erstmals auf dem Schlossplatz statt. Die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer lag mit über 4000 nicht nur über der des vergangenen Jahres, sondern auch deutlich über den Erwartungen. Das lag sicherlich einerseits an dem tollen Ambiente des Veranstaltungsortes – er sollte beibehalten werden –, andererseits auch an der politischen Großwetterlage und nicht zuletzt an den Rednern. Mit Dr. Dierk Hirschel, Chefvolkswirt vom ver.di-Bundesvorstand, und dem DGB-Landesvorsitzenden Eugen Roth traten zwei Vertreter der deutlichen Sprache ans Mikrofon. Einigkeit herrschte auch hier: Eine Verbesserung der Finanzsituation des Bundes und der Länder ist nur über verbesserte Einnahmen zu realisieren. Dies gilt insbesondere für das Haushaltsnotlageland Saarland! Initiativen zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes, zur Einführung einer Vermögens-/ Erbschaftssteuer bedürfen des Nachdrucks. Gerade zu diesem Aspekt werden die Ergebnisse der Arbeitsgruppe, die sich mit der Verbesserung der Einnahmeseite beschäftigt hat, mit Spannung erwartet.

Am 8. Juni 2013 ist „D-Day“! Spannende Zeiten.

Die GdP ist mittendrin, präsent und kompetent!



GdP Saarland im Gleichklang mit den DGB-Schwestergewerkschaften.



Nachdenklicher GdP-Landesvorsitzender bei der Rede von Dierk Hirschel vom ver.di-Bundesvorstand.



Schönes Ambiente auf dem Saarbrücker Schlossplatz bei der Abschlusskundgebung. Fotos: LSch



„Zukunftssichere Landesverwaltung“

AG Demografie – GdP mittendrin

Von Carsten Baum

Vorbemerkungen

Gemäß den Vorgaben des Koalitionsvertrages für die aktuelle Legislaturperiode führt die Landesregierung mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes Gespräche zu der Thematik „Zukunftssichere Landesverwaltung“. Ziel dieser Gespräche ist die Umsetzung notwendiger Maßnahmen zur Konsolidierung des Landeshaushalts. Es kann also „ans Eingemachte“ gehen, auch wenn – so wird von allen Beteiligten stets versichert – hinsichtlich der Personalreduzierungen die Polizei ihren Beitrag geleistet hat.

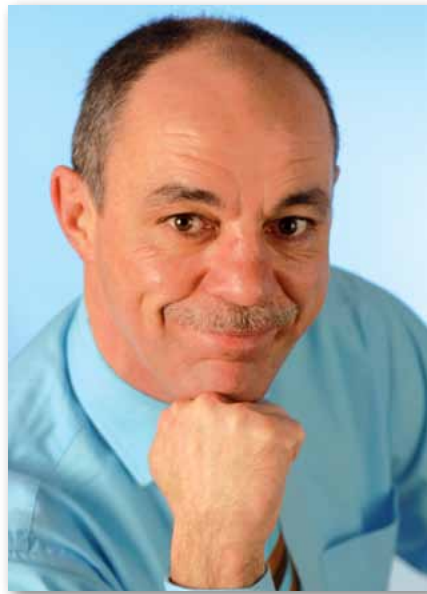
Landesregierung und Gewerkschaften haben am 1. Dezember 2012 vereinbart, dass verschiedene Schwerpunktbereiche durch Arbeitsgruppen aufbereitet werden. In einem erneuten Spitzengespräch am 8. Juni 2013 in der Staatskanzlei werden dann die AG-Ergebnisse präsentiert und diskutiert. Auch die Frage, ob es weiterhin gemeinsame Gespräche zwischen der Landesregierung und den Gewerkschaften gibt, ist dann zu entscheiden.

Zur Erarbeitung des Gesamtkomplexes wurden folgende Arbeitsgruppen, personalisiert durch Vertreter der Landesregierung und der Gewerkschaften bzw. Personalräte, eingerichtet:

- AG Demografie
- AG Nachwuchs- und Karriereförderung
- AG Aufgabenkritik und Sparpotenzial
- AG Einnahmeverbesserung

Für uns war insbesondere die **AG Demografie** bedeutsam, da dort die Themen „Anhebung der allgemeinen und der besonderen Altersgrenze“, „Alter(n)sgerechte Arbeitsgestaltung“ (z. B. im Schichtdienst) und „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ behandelt wurden. Die AG Demografie stand unter dem Vorsitz von Innenstaatssekretär Georg Jungmann. Die Regierungsseite war außerdem mit Vertretern aus drei Ministerien beteiligt, die Gewerkschaftsseite mit je einem Vertreter aus DBB, GÖD und DGB.

Sprecher des DGB war unser GdP-Kollege Carsten Baum. Er ist im Landesbezirk auch „Schlagmann“ unserer AG Beamtenpolitik. Diese hatte sich auf Beschluss des Landesbezirksvorstands im April 2012 in



weiser Voraussicht auf die zu erwartenden Debatten konstituiert. In zahlreichen Sitzungen hatte sich unsere eigene AG gezielt vorbereitet, Argumente zusammengetragen und Positionen entwickelt, die wir ja inzwischen auch schon in etlichen Mitgliederversammlungen und „GdP vor Ort“-Veranstaltungen vorgestellt haben. Mithin war die GdP jetzt gut auf die Beratungen in den Sitzungen der AG Demografie vorbereitet.

Mit der siebten und letzten Sitzung in der vergangenen Woche hat nun die AG ihre Arbeit mit drei sog. Eckpunktepapieren, die noch aufbereitet werden müssen, abgeschlossen.

Anhebung der Altersgrenzen – Was plant die Landesregierung?

Erstes in der AG Demografie behandeltes Thema war die Anhebung der Altersgrenzen, wie sie im Rentenbereich („Rente mit 67“) bereits gesetzlich geregelt ist.

Vor dem Hintergrund, dass das Saarland eines der letzten Bundesländer ist, dass die Ruhestandseintrittsregelungen der Beamtinnen und Beamten noch nicht an die Gesetzeslage des Bundes angepasst hat, verfolgt nun auch die Regierung des Saarlandes

die Anhebung der allgemeinen Altersgrenze der Beamten von 65 auf 67 sowie der besonderen Altersgrenze (Polizei, Einsatzdienst Feuerwehr, Aufsichts- und Werkdienst Justizvollzug) von 60 auf 62 Jahre.

Die GdP hat in diese sehr konzentriert und sachorientiert geführte Diskussion folgende Positionen eingebracht:

- Die im Grundsatz unveränderte, ablehnende Haltung der DGB-Gewerkschaften gegenüber der „Rente/Pension mit 67“!
- Die realistische Einschätzung, wonach das Saarland dem Druck der Schuldenbremse erliegt und um Anpassungsmaßnahmen auch in dieser Frage nicht herumkommen wird.
- Die klare Forderung, dass Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte, die langjährig den Belastungen des Wechselschichtdienstes oder vergleichbaren psychophysischen Belastungen ausgesetzt waren, einen „Bonus“ erhalten müssen, sodass sie weiterhin spätestens mit 60 Jahren in den Ruhestand treten können.

Die gesetzliche Manifestierung einer Regelung, wonach auch bei Eintritt einer nicht dienstunfallbedingten, krankheitsbedingten Dienstunfähigkeit kein Versorgungsabschlag erfolgt, wenn zu diesem Zeitpunkt bereits 40 Dienstjahre absolviert sind („abschlagsfreier Ruhestand“).

Keine „überfallartige“ gesetzliche Regelung zur Anhebung der Altersgrenze schon mit Wirkung ab 2014 (Pensionierung für Geburtsjahrgang 1954 also noch ausnahmslos mit Ablauf des Monats, in dem das 60. Lebensjahr vollendet wird), sondern erst mit Wirkung ab 2015 (d. h. erstmals betroffen ist der Geburtsjahrgang 1955, der – je nach Geburtsmonat – eine Hinausschiebung der Pensionsgrenze um ein bis neun Monate erfährt).

Gestaffelte Übergangsregelungen für die Geburtsjahrgänge 1955 bis 1963, d. h. die volle Wirkung der Anhebung der besonderen Altersgrenze von 60 auf 62 Jahre trifft erst diejenigen, die heute 49 Jahre alt oder jünger sind.

Ablehnung einer nach Laufbahn- oder Besoldungsgruppen gestaffelten Ruhestandsgrenze (z. B. für den g. D. 62, für den h. D. 63 oder 64 Jahre).

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

- Schaffung der gesetzlichen Grundlage zur Begründung eines Rechtsanspruchs auf jährliche Versorgungsauskunft (wie im Bund und in Hessen) durch das Landesamt für Zentrale Dienste.

In den Beratungen der AG Demografie konnte kein Konsens erzielt werden. Die gegensätzlichen Standpunkte der Landesregierung und der Gewerkschaften wurden schriftlich im Eckpunktepapier herausgearbeitet.

Die gewerkschaftsseitig geforderte Sonderregelung „Bonus für z. B. langjährige Schichtdienstler“ und „abschlagsfreier Ruhestand bei Dienstunfähigkeit nach 40 Dienstjahren“ bedürfen also der abschließenden politischen Entscheidung.

In diesen zentralen Problemfeldern ist in den weiteren Verhandlungen unser voller kämpferischer Einsatz erforderlich. Notfalls muss auch die Reißleine gezogen werden.

Alters- und altersgerechte Arbeitsplätze

Dies war das zweite in der AG Demografie behandelte Thema.

Zur Schaffung einer belastbaren Diskussionsgrundlage wurde das zuständige Fachreferat des Ministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz (MUV) durch die AG beauftragt, gemeinsam mit den Vertretern der Gewerkschaften eine Zusammenstellung wesentlicher Handlungsfelder zu fertigen. Dies bewerkstelligte natürlich unser GdP-Experte Carsten Baum gemeinsam mit der im MUV zuständigen Referatsleitung in einer Sonderschicht. Dabei entstand ein „Zehn-Punkte-Plan“, mit dem nun alle Dienststellen in der Landesverwaltung in einem ersten Prozessschritt eine Bedarfsanalyse durchführen können.

Flankierend dazu wird ein Rahmenkonzept für das betriebliche Gesundheitsmanagement erstellt werden. Die zuständigen Personalvertretungen werden hierüber informiert und in die Lage versetzt, je nach Bedarf neue Dienstvereinbarungen auszuhandeln.

Dies ist ein wichtiger Schritt zur Realisierung unserer stetigen Forderung „Verhandeln statt Verordnen!“ und zeigt einmal mehr die zentrale Bedeutung der Personalräte, präsent und kompetent!

In diesen Themenkomplex gehören konkrete Maßnahmen und gewerkschaftliche Forderungen wie

- Schaffung eines **landeseigenen Kompetenzzentrums** und einer **Sozialberatungsstelle** mit Hilfs- und Betreuungsangeboten.

- Passgenaue Umsetzung der Einzelmaßnahmen des **Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM)** mit seinen drei Bausteinen.

- **Arbeits- und Gesundheitsschutz (AGS)** mit der Umsetzung aller Vorschriften nach Arbeitsschutzgesetz und Arbeitssicherheitsgesetz sowie darauf gestützter Verordnungen und Regelwerke,

- **Betriebliche Wiedereingliederung (BEM)** von Beschäftigten mit gesundheitlichen Belastungen und Beeinträchtigungen sowie Rückkehrgesprächen,

- **Betriebliche Gesundheitsförderung (BGF)** durch Maßnahmen der aktiven Gesundheitsförderung einschließlich Bewegung und Ernährung.

Die GdP hat in diesem Zusammenhang nochmals ihre Forderung nach Ermöglichung spezieller **Vorsorgekuren für Schichtdienstleistende** erneuert und begründet, ebenso die Forderung nach einer **gesundheitsorientierten Schichtplangestaltung**, nach angemessenen Arbeitsmitteln und weiterer **ergonomischer Arbeitsplatzgestaltung**.

Auch unsere Positionen zu einer ausweiteten Beratung über **präventivmedizinische Maßnahmen** sowie zur Trennung zwischen der betriebsärztlichen und der personalärztlichen Betreuung haben Eingang gefunden.

Gleiches gilt für die vom DGB erfolgreich eingebrachte Forderung nach einem **jährlichen Gesundheitsbericht für den Landesdienst im Saarland** (wie ihn 2011 das Land NRW für die Polizei eingeführt und inzwischen auf seine gesamte Landesverwaltung ausgeweitet hat) mit umfassender Darstellung der Datenstruktur zur gesundheitlichen Situation der Beschäftigten und zusätzlichen Berichten für bestimmte Berufsgruppen (**typische Berufsbelastungen Polizei**, Lehrer, Feuerwehr, Justizvollzug, Straßenbau, Staatsforst).

Die aufgenommenen Anregungen hinsichtlich **Fachtagungen** „Demografie und Gesundheit im Landesdienst“ sowie die Ausweitung des **Fortbildungsangebots für Führungskräfte und Beschäftigte** zur nachhaltigen Stärkung der Gesundheitskompetenz runden das Eckpunktepapier ab.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Dies war das dritte in der AG Demografie behandelte Thema.

Auch mit Blick auf den demografischen Wandel gewinnt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zunehmend an Bedeutung und stellt eine große Aufgabe sowohl für den öffentlichen Dienst als

auch für private Unternehmen dar. Gerade im öffentlichen Dienst werden diese wesentlichen Änderungen der Gesellschafts- und Altersstruktur spürbare Auswirkungen haben.

Daher bedarf es einer Stärkung, Ausweitung und Fortschreibung bereits vorhandener Maßnahmen zur Steigerung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wie

- **Flexible Arbeitszeit**
- **Telearbeit**
- **Teilzeitbeschäftigung**
- **Sabbatjahr**
- **Beurlaubung aus familienpolitischen Gründen**
- **Elternzeit.**

Darüber hinaus hat sich die GdP erfolgreich eingesetzt für die nun im Eckpunktepapier enthaltene **Einführung der Familienpflegezeit** nicht nur für Tarifbeschäftigte, sondern auch für Beamtinnen und Beamte.

Die Pflege von Angehörigen wird sich zu einer zentralen Aufgabe unserer Gesellschaft entwickeln. Sie nur professionellen Kräften zu überlassen ist weder gewünscht noch finanzierbar. Daher muss in diesem Bereich die Möglichkeit der Familienpflegezeit zur Anwendung kommen und helfen, dieser Anforderung gerecht zu werden.

Weitere aufgenommene Forderungen betreffen

- die Möglichkeit der **Übertragung von Erholungsurlaub bei Kinderbetreuung**, d. h., Beamtinnen und Beamte, denen die Personensorge für ein Kind unter 14 Jahren zusteht, sollen den 20 Tage übersteigenden Erholungsurlaub eines Kalenderjahres ansparen können;

- **Dienstbefreiung bei schwerer Erkrankung eines Kindes**, dabei Erhöhung der Höchstaltersgrenze (Kind) von 12 auf 14 Jahre;

- **Ausdehnung der Elternzeit** (§ 15 Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG –) für Großeltern zur Betreuung von im Haushalt lebenden Enkeln (sog. **Großelternzeit**);

- **Auditierung** aller Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit dem Ziel der Entwicklung eines eigenen Gütesiegels „Familienfreundlicher Arbeitgeber Saarland“ (Vorbild: Hessen).

Die Vereinbarkeit von beruflichen und privaten Belangen stellt für Väter und Mütter eine große Herausforderung dar. In der Regel müssen sich insbesondere Frauen noch oft zwischen Familie und Beruf entscheiden. Gerade für sie ist es notwendig, dass sich Familie und Beruf miteinander in Einklang bringen lassen.



„Die föderale Polizei im demografischen Wandel“

Die Beamtenrechtsexperten aus den Landesbezirken der GdP waren am 24./25. April 2013 zu einer Fachtagung unter dem Titel „Die föderale Polizei im demografischen Wandel“ nach Berlin eingeladen. Moderiert vom Behörden-Spiegel-Mitarbeiter Carsten Köppl, wurde an zwei Tagen versucht, eine Bilanzierung der Föderalismusreform I vorzunehmen; es wurde intensiv über die Folgen für Besoldung, Versorgung und Arbeitszeit in den Bundesländern diskutiert.

Um es vorwegzunehmen – bezogen auf die Wirkungen der Föderalismusreform war an beiden Tagen in den Fachbeiträgen unserer Beamtenrechtler nichts Positives zu finden. Das Wort vom „Flickenteppich ‚Föderalismus‘“ war häufig zu hören.

Man kann das Ergebnis dieser Reformen auf die einfache Formel bringen: Weg von einem kooperativen – hin zu einem konkurrenzorientierten, marktradikalen Föderalismus!

Die im September 2006 von der großen Koalition aus CDU/CSU und SPD als „Jahrhundertreform“ zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung ins Werk gesetzte Reform setzte einen Wettbewerb in Gang, der insbesondere für finanzschwache Bundesländer wie das Saarland zu einem ruinösen Wettbewerb werden kann. Kennzeichen eines Wettbewerbs ist es, dass es Gewinner und Verlierer gibt, ich zumindest kenne keinen Wettbewerb, an dessen Ende es nur Gewinner gibt. Aus saarländi-



Carsten Baum (Vors. BFA Beamtenrecht, auf dem Bild rechts) im Gespräch mit Jörg Radek (stellv. GdP-Bundesvorsitzender).



Ralf Porzel, stellv. GdP-Landesvorsitzender (links), im Gespräch mit Charly Hofgesang, einem Urgestein der GdP Bundespolizei.

Fotos: Hagen Immel/GdP

scher Sicht ist das Ergebnis dieser Entwicklung: 17 verschiedene Besoldungsordnungen, Beihilfe- und Versorgungsregelungen in der Republik. Die Folgen von unter-

schiedlichen Besoldungsanpassungen und erheblich differierenden Sonderzahlungen sind eine Auseinanderentwicklung des Besoldungsniveaus mit einem deutlichen „Nord-Süd-Gefälle“ zwischen Geber- und Nehmerländern sowie ein beginnender Negativwettbewerb um qualifizierte Bewerber/-innen für den öffentlichen Dienst.

Besonders stark betroffen von dieser Negativentwicklung sind die Bereiche Bildung, Strafvollzug und Inneres. Das äußere Zeichen dieser Verwerfungen lässt sich an der mittlerweile höchst unterschiedlichen Sachausstattung der Länderpolizeien festmachen. Bei länderübergreifenden, polizeilichen Einsätzen trifft man von schwarzer funktionaler, blauer „hightech“ und „antiquierter“ grüner Uniform (deren Träger gelegentlich als „Lumpenpolizei“ verspottet werden) alles an. Das Potpourri an Ausstattung ist mindestens so groß wie das an unterschiedlichen beamtenrechtlichen Regelungen. Das Fazit aus unserer saarländischen Sicht: Das Ende des Solidaritätsprinzips in der föderalen Ordnung der Bundesrepublik steht zu befürchten. Insofern war die abschließende Podiumsdiskussion unter dem Thema: „Wir brauchen die Einheit“ ein deutliches gewerkschaftliches Signal, den Unsinn der Föderalisierung zu beenden und zu einem einheitlichen Beamten-, Besoldungs- und Versorgungsrecht zurückzukehren.

Ralf Porzel, stellv. Landesvorsitzender

Senioren-Seminar

Die Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Saarland e.V., führte vom 13. bis 15. 3. 2013 ein Senioren-Seminar in Bosen, Hotel Merker, durch. Am Vormittag des ersten Tages wurden den Teilnehmern aktuelle Themen aus der Bundes-seniorenarbeit vorgestellt und eingehend diskutiert.

Der Nachmittag gehörte unserem Vertragsanwalt der GdP, Rechtsanwalt Werner Althaus, der über das Problem „Der Pflegefall, was nun?“ gemäß juristischer Betrachtung referierte.

Hiernach folgte eine rege Diskussion über das sensible Thema, wobei Herr Althaus alle Fragen zur Zufriedenheit beantwortete. Am zweiten Tag referierte der Kollege Udo Ewen vom PHPR über



Zufriedene Teilnehmer in Bosen

Foto: Jung

die Beihilferichtlinien. Hierbei zeigte er alle Probleme der Beihilfebearbeitung auf, und von ihm wurden alle Fragen, die zu diesem Thema gestellt wurden, auch ausführlich beantwortet.

Am Nachmittag des zweiten Tages wurde den Teilnehmern ein Filmvortrag über die Riester-Rente mit dem Titel „Das Riester-Dilemma“ präsentiert. Der

letzte Tag gehörte wie immer der aktuellen Gewerkschaftspolitik im Land sowie auch im Bund. Der stellvertretende Landesbezirksvorsitzende Ralf Porzel referierte in gewohnter Manier und machte zu allen aktuellen gewerkschaftlichen Themen seine Ausführungen. Hierzu gehörte die neue Polizeireform sowie auch die Personalveränderungen im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand in Berlin.

In der Seminarnachbereitung zeigten sich alle Seminarteilnehmer zufrieden; das betraf ebenso die Unterbringung im renovierten Hotel Merker.

Artur Jung, Landesseniorenvorsitzender



Seniorentreffen

Die KG Saarlouis lädt die Seniorinnen und Senioren dieses Jahr zu einem Treffen am Freitag, 7. Juni 2013, um 16.30 Uhr in die Körpricher Landbrauerei (Bahnhofstraße 40, 66809 Nalbach-Körprich) zu einem gemütlichen Beisammensein ein.

Für das leibliche Wohl wird bestens gesorgt. Um Anmeldung bis zum Freitag, 31. Mai 2013, bei Manfred Kneip, Tel. 0 68 81/ 23 62, oder Herbert Blass, Tel. 0 68 38/8 08 63, wird gebeten.

Petra Wagner, Kreisgruppenvorsitzende



Seniorensprecher in Saarlouis: Herbert Blass (Stellv.) und Manfred Kneip

Foto: LS

KREISGRUPPE NEUNKIRCHEN

Ruhestandsversetzungen bei der PI Neunkirchen schon Routine



Am 25. 3. 2013 wurde unser GdP-Kollege Gerhard Zägel, den meisten bekannt als der „Schreibmaschinenlehrer“, in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.

In einer kleinen Feierstunde überreichte ihm der Leiter der PI Neunkirchen, POR Thomas Dräger-Pitz, im Beisein von Helmut Berg und Hartmuth Emmerich die Urkunde. Vonseiten der Kreisgruppe Neunkirchen wurde ihm ein kleines Präsent überreicht. Bei noch fünf ausstehenden Ruhestandsversetzungen innerhalb der PI Neunkirchen in diesem Jahr war Gerhard Zägel bereits der vierte Kollege, der seit Januar in den Ruhestand versetzt wurde. Die Kreisgruppe Neunkirchen wünscht dem neuen Ruheständler Glück und Gesundheit.

Hartmuth Emmerich

PI-Leiter Thomas Dräger-Pitz und Stellv. Helmut Berg überreichen Gerhard Zägel die Urkunde.



Bereits zum 6. Mal in diesem Jahr wurde von der Dienststellenleitung der PI Neunkirchen ein Beamter in den Ruhestand versetzt. Zum 1. 5. 2013 wurde der GdP-Kollege Peter Scheidt von seinem langjährigen Weggefährten und jetzigen stellvertretenden Leiter der PI Neunkirchen, Helmut Berg, im Rahmen einer kleinen Feierstunde verabschiedet. Beide verrichteten zusammen Dienst beim Kriminaldienst der PI Illingen. Peter Scheidt kam im Oktober des vergangenen Jahres zum Abschluss seiner polizeilichen Laufbahn noch für sieben Monate zum regionalisierten Kriminaldienst der PI Neunkirchen.

Von der GdP wurde ihm ein Wohlgefühlpräsent überreicht.

Die GdP wünscht Peter Scheidt im Ruhestand weiterhin Gesundheit und Wohlergehen.

Hartmuth Emmerich

Peter Scheidt (Mitte) hält seine Urkunde in Händen; verabschiedet wird er vom PI-Leiter Neunkirchen, Thomas Dräger-Pitz, und dessen Stellv. Helmut Berg (rechts).

Fotos: Emmerich



Armin Jäckle, Rudolf Marx und Heinz Georg Dinkuhn feierten runde Geburtstage

Am 27. 3. 2013 feierte der Seniorenvertreter der Kreisgruppe Neunkirchen, Armin Jäckle, seinen 70. Geburtstag. Hierzu überbrachte der neue Kreisgruppenvorsitzende Uwe Dörr mit zwei seiner Kollegen die Glückwünsche der Kreisgruppe Neunkirchen. Ganz herzlichen Dank hierfür.

Am 17. 3. 2013 feierte Rudolf Marx seinen 75. Geburtstag und Heinz Georg Dinkuhn vollendete am 24. 3. 2013 sein 65. Lebensjahr. Hierzu überbrachte der Seniorenvertreter Armin Jäckle die Glückwünsche der Kreisgruppe.



Die Kollegen (v. l. n. r.) Scherer, Schley und Dörr (Kreisgruppenvorsitzender) gratulieren Armin Jäckle. Foto: Jäckle

Uwe Dörr, Kreisgruppenvorsitzender

Neues Gesicht bei der SIGNAL IDUNA

PVAG  Ein Unternehmen der SIGNAL-IDUNA-Gruppe

Liebe GdP-Mitglieder,

ich freue mich über die Gelegenheit, mich Ihnen heute persönlich vorstellen zu können. Mein Name ist Katharina Klingler, ich bin 26 Jahre alt und lebe als gebürtige Saarländerin in St. Ingbert.

Ab sofort werde ich die Aufgaben von Herrn Sascha Terzenbach übernehmen, d. h., ich stehe Ihnen jederzeit gern mit Rat und Tat als Ansprechpartnerin zu allen Versicherungsthemen vonseiten der SIGNAL IDUNA zur Verfügung. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen und Ihrer Gewerkschaft.

Nach meinem Abitur 2007 habe ich mich für eine Ausbildung als Kauffrau für Versicherungen und Finanzen entschieden. Die SIGNAL-IDUNA-Gruppe schien mir wegen des engen, persönlichen Kontaktes mit den Kunden und auch aufgrund der langjährigen, erfolgreichen Tätigkeit meiner Mutter bei der SIGNAL IDUNA damals schon genau der richtige Partner dafür.

Nachdem ich meine Ausbildung im Sommer 2010 beendet habe, stand für mich fest, weiterhin bei meinem Ausbil-



Katharina Klingler

dungsbetrieb zu arbeiten und eine eigene Agentur zu übernehmen. Ein Stipendium erlaubte es mir, neben meiner Agenturtätigkeit ein Studium an der Berufsakademie in St. Ingbert zu beginnen, das ich im August 2013 abschließen werde. Ich studiere dort berufs begleitend Betriebswirtschaftslehre mit dem Schwer-

punkt Finanzdienstleistung und schreibe derzeit meine Bachelorarbeit. Mein Aufgabengebiet in der Agentur umfasste bisher schon die Arbeit mit dem öffentlichen Dienst.

Dies möchte ich in Zukunft vertiefen und freue mich, Ihnen in Fragen der Beamtenversorgung, Beihilfe und anderen Versicherungs- und Finanzfragen beratend zur Seite zu stehen. Sie als Mitglied der GdP genießen die Vorteile der PVAG (Polizeiversicherung AG). Sie darüber zu informieren und zu beraten, wird in Zukunft meine Aufgabe sein, auf die ich mich sehr freue. Zögern Sie daher bitte nicht, mich jederzeit gern zu kontaktieren.

Ich hoffe, dass sich auch bald die Gelegenheit ergeben wird, uns einmal persönlich kennen zu lernen. Bis dahin wünsche ich Ihnen eine gute Zeit!

Herzliche Grüße aus St. Ingbert

Katharina Klingler

Tel.: 0 68 94/5 82 39 17
 Fax: 0 68 94/5 82 25 87
 Mobil: 01 78/710 77 10
 E-Mail: katharina.klingler@signal-iduna.net



GdP-Reise 2013

Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland
Insel EUBÖA „Griechenlands Schmuckkasten“ am Golf von Marathon

11-tägige Gruppenreise, Flug mit Lufthansa, Abflugmöglichkeiten aus Frankfurt und Stuttgart. Einzelzimmer ohne Aufpreis, 3 Tagesausflüge schon im Preis enthalten. Hotel mit Halbpension in direkter Strandlage.

Die GdP-Reise der GdP-Landesbezirke Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland, führt in diesem Jahr nach Griechenland auf die Insel EUBÖA.

Euböa ist nach Kreta die zweitgrößte Insel Griechenlands und beherbergt alle Schönheiten und Reize, die sich ein Reisender von seinem Urlaubsgebiet erwartet im Überfluss und besitzt darüber hinaus noch ihren typischen Charakter, der einmal einen griechischen Dichter dazu hingerissen hat, Euböa als „Griechenlands Großen bunten Schmuckkasten“ zu bezeichnen. Zaubervolle Berglandschaften mit Gipfeln bis zu 1.800 m, Bergdörfer und Klöster wechseln sich ab mit fruchtbaren Tälern und Hochebenen, dichten Wäldern und völlig verkarsteter Landschaft. Und allgegenwärtig ist das Meer. Tiefblau und smaragdgrün, hier Steilküste, dort weite Sand- und Kieselstrände und da Küstenstädte und Fischerorte.

Wenn Sie sich für Geschichte interessieren, finden Sie auf Euböa viele Zeugnisse von der ersten Besiedelung des ägäischen Raums bis zu den Baudenkmalern aus der mykenischen und der klassischen Epoche. Von der römischen Besatzung bis zu den byzantinischen Kirchen und Klöstern, die sich als Schmuckstücke des heutigen Euböa erhalten haben. Erleben Sie die grandiose Landschaft Euböas im Zentrum der Insel, mit seinen abgeschiedenen Bergdörfern, den weiten Ebenen, den Platanenwäldern, die wuchtigen massiven Gebirgszüge mit den großartigen Schluchten.



Tagesausflüge



Athen

Sie starten diesen Ausflug mit der Überfahrt nach Agia Marian. Entlang eines antiken Straßenverlaufs führt Sie der Weg über die Dionysos-Berge hinunter nach Athen. Sie besuchen die Akropolis und den Tempel des Olympischen Zeus. Spazieren Sie durch den Nationalgarten bis zum Parlament und wohnen dem Wachwechsel bei. Nach einer ausführlichen Stadtrundfahrt steht Ihnen in der Altstadt (Plaka) freie Zeit zur Verfügung.

Kanal von Korinth - Mykenae - Nauplia

Nach der Überfahrt nach Agia Marian Fahrt über Attika zu Ihrem ersten Halt am Kanal von Korinth. Weiterfahrt durch die Provinzen Korinthia und Argolis nach Mykenae zu den Ausgrabungen von Heinrich Schliemann. Hier Besuch der Akropolis und des Schatzhauses des Atreus. Anschließend Fahrt zur womöglich schönsten Stadt Griechenlands nach Nauplia. Hier war die Residenz des ersten Königs Otto von Wittelsbach, der Nauplia zur Hauptstadt des Landes erhob. Eine farbenfrohe Altstadt mit vielen Einkaufsmöglichkeiten erwartet Sie. Bei einem Stadtsparziergang entdecken Sie das alte Parlament, die Denkmäler der Wittelsbacher und den bayerischen Löwen mit der Ruhestätte der gefallenen bayerischen Soldaten.

Ägäisches, traditionelles Euböa

Heute erleben Sie die grandiose Landschaft Euböas mit der Fahrt in das Zentrum der Insel, mit seinen abgeschiedenen Bergdörfern, den weiten Ebenen, den Platanenwäldern und den erstaunlich massiven Gebirgszügen. Über den ausgetrockneten Urzeit-See von Dystos geht es dann östlich in die antike Seefahrerstadt Kymi (hier wahrscheinlich Ursprung des lateinischen Alphabets, Gründer von Capri, Neapel und Marseilles). Sie besuchen jahrhundertalte Kirchen aus byzantinischer Zeit und verweilen in kleinen Dörfern.

Ab/bis Stuttgart oder Frankfurt mit Lufthansa am **25.10. - 04.11.2013**
 Einzelzimmer ohne Aufpreis

im DZ, HP pro Person nur

906,-- €

Weitere Infos und Buchung:

Bei uns können Sie sich noch
 große Sprünge leisten!



PSW-Reisen
 DIE WELT EROBERN

Kaiserstraße 258
 66133 Saarbrücken
 Tel.: 0681/84124-0



www.psw-reisen.de
 psw-saarland@gdp-online.de